

Wort meldete und Schmücker's Entlassungsaktion beklagte („Es ist doch fürchtbar“), wies ihn Kanzler Schmidt ab: „Dies ist ein privates Unternehmen. Die Bundesregierung hat auch bei der Hessischen Landesbank und bei Herstatt nicht eingegriffen.“

BERLIN

Mathematik erleichtert

Die Filzokratie in Berliner Regierungskreisen wurde neu belebt: Der Koalitionshandel zwischen Sozial- und Freidemokraten endete im Ramsch mit Posten.

Günter Struve hatte es im Gefühl. „Dies wird keine Koalition werden“, sagte der Berliner Senatssprecher voraus, „in der man sich gegenseitig in den Bauch tritt.“

Er behielt recht. Denn auch dann, wenn die Sozial- und Freidemokraten,

ster Klaus Schütz. Und die Ansprüche, die der Stadt-Chef zu bedenken hatte, waren vielfältig: Einerseits pochte die sogenannte vereinigte Linke der SPD auf zwei Senatoren-Posten, andererseits bestanden die Freien Demokraten auf drei Schlüsselressorts.

Streitfragen in der Sache waren, was Wunder, rasch abgehakt. Die SPD etwa versprach mehr rechtsstaatliche Garantien gegenüber politisch bedenklichen Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Die Liberalen schluckten, entgegen ihrer Wahlaussage, den Bau des umstrittenen Kongreßzentrums. Beim Personal-Poker aber wurde Sachliches dann gänzlich nebensächlich.

Da war zum Beispiel der bisherige Arbeits- und Sozialsenator Harry Liehr, 47, ein politisch blasser Sozialdemokrat, den Klaus Schütz gleichwohl nicht zum „Frührentner“ machen mochte. Liehr nämlich war noch nicht lange genug im Amte, um schon Anspruch auf Kabinetts-Pension zu haben. Es fand sich ein Ausweg: Er bekam

übernahm einfach den Wirtschaftsposten. Schulsenator wurde statt dessen Rechtsanwalt Emig. Und der Schulfachmann Harry Ristock, Sprecher der SPD-Linken, der eigentlich im Bildungsfach hätte unterkommen wollen, mußte sich dem Neuen anschließen: Er hat nun das Bau-Ressort.

Klaus Schütz gab sich, als das Karussell endlich stillstand, „überhaupt nicht unzufrieden“. Und tatsächlich stünde seine Regierungsrechnung womöglich immer noch offen, wenn nicht ein Verlustposten aktiv zu Buche geschlagen und seine „Mathematik erleichtert“ hätte: der Rücktritt des in die Steglitzer-Kreisel-Affäre verstrickten Finanzsenators Heinz Striek, der dadurch einen zweiten Platz für die SPD-Linke frei machte.

Seine Stärken wird das neue Regiment vor allem aus dem Umstand beziehen, daß sich die Bündnispartner bei aller gegenseitigen Skepsis keinen Streit leisten können. Ob sie eine gemeinsame Sprache finden, erscheint dennoch zweifelhaft. Zwei Sprecher gibt es schon: Neben Günter Struve amtiert nun Hans Dieter Jaene, einst SPIEGEL-Redakteur, dann Fernsehjournalist. Der robuste Freidemokrat ist, so Parteifreunde, dem sozialdemokratischen Kollegen „quasi gleichberechtigt“.



Koalitionsunterhändler Schütz, Lüder*: Sachliches war nebensächlich

die letzte Woche die West-Regierung der halbierten Stadt nominierten, mal das Bein heben möchten — sie würden sich wohl selber in Bedrängnis bringen.

Nicht als schiere Polemik erschien deshalb das Wort vom „Krückenkabinett“, das von der CDU kolportiert wurde. Und Zeichen der Schwäche verriet schon die Prozedur, mit der der zwölfköpfige Kompromiß zustande kam. Die Koalitionsverhandlungen mündeten in einen hemmungslosen Handel mit Posten.

Es war das Endresultat jener Wahl vom 2. März, die den Sozialdemokraten die absolute Mehrheit nahm und sie zum Bündnis mit den ungeliebten Liberalen zwang. „Es gab keine Alternative“, wußte auch der Regierende Bürgermei-

ein neu geschaffenes Mini-Ressort „Verkehr und Betriebe“.

Oder Horst Korber, 48, der zwar vielen im bisherigen Amt des Justizsenators überfordert erschien, jedoch immer noch von seinem Ruf als einstiger DDR-Unterhändler zehrt: Man ließ ihn nicht fallen, für Korber fiel das Ressort Arbeit und Soziales ab.

Komplizierter schon wurde die Lage, als die FDP darauf beharrte, ihren Landesvize Gerd Emig zum Wirtschaftssenator zu machen. Bei ihm waren, wie die SPD-Unterhändler meinten, Zweifel an der Qualifikation denn doch zu groß. So groß gar, daß schließlich Eignung und Neigung anderer Bewerber kaum mehr ins Gewicht fielen: FDP-Chef Wolfgang Lüder, von Haus aus Jurist und politisch spezialisiert auf Schul- und Hochschulfragen, mußte auf ein einschlägiges Amt verzichten und

WAHLEN

Neuer Schwung

Innere Zerwürfnisse brachten die schleswig-holsteinische FDP einst ins politische Abseits. Wiedergewonnene Eintracht sorgte nun für eine verdoppelte Stimmzahl: Die Partei kehrt zurück in den Landtag.

Sechs Wochen lang fochten Sozial- und Freidemokraten im schleswig-holsteinischen Wahlkampf gemeinsam gegen den „schwarzen Gerhard“ Stoltenberg. Doch schon einen Tag nach der Wahl, die erstmals seit Jahren den bundesweiten Abwärtstrend der Sozialliberalen stoppte, ging die Kieler Zweiecke in die Brüche.

Die FDP, nach vierjähriger Abwesenheit in den Landtag an der Förde zurückgekehrt, war nicht bereit, dem größeren Kampfgefährten nach altem Brauch Funktion und Titel eines Oppositionsführers allein zu überlassen. Als einziger im Bundesgebiet nämlich besitzt „der Führer der Opposition“ in Schleswig-Holstein gesetzlichen Status — und wird monatlich mit 7370 Mark besoldet.

„Diese Einseitigkeit muß geändert werden“, fordert FDP-MdB und Landesparteichef Uwe Ronneburger, 54, der nun Fraktionsvorsitzender im Landtag wird, „jetzt gibt es zwei Oppositionsführer.“ Das Selbstbewußtsein der Liberalen, die als kleinste Landtagspar-

* Rechts: FDP-Fraktionschef Hermann Oxfort.

tei den größten Sieg errangen, resultiert aus einem fast hundertprozentigen Stimmengewinn — von 3,8 auf 7,1 Prozent.

Die FDP gewann nach der Analyse des Godesberger Infas-Instituts gleichmäßig in urbanen wie ländlichen Wählerschichten, bei Älteren und Jüngeren (Infas: „In den Städten vor allem auf Kosten der SPD, auf dem Lande vor allem auf Kosten der CDU“). Und dieser Erfolg an allen Fronten gelang einem Verband, der vor Jahren noch politisch paralysiert schien — nach personellen Kontroversen und ideologischem Zickzack-Kurs.

Wenn überhaupt, so war die Fahrtroute, die Schleswig-Holsteins FDP seit Kriegsende gesteuert hatte, vor allem an rechten Positionen deutlich geworden, so rechts wie nirgends sonst in der Bundespartei. Vor einem Dutzend Jahren beispielsweise war selbst der altliberale Justizminister Bernhard Leverenz, stets zuverlässiger Koalitionshelfer der von allerlei nördlichen NS-Affären gebeutelten Christdemokraten, seinen Parteifreunden um den Versicherungskaufmann Otto Eisenmann nicht mehr stramm genug. Der aus der Deutschen Partei (DP) stammende Rechtsopponent ließ sich zum Landesvorsitzenden küren und rückte seinen Verband an den äußersten Rand des nationalen Flügels der FDP.

Fortan regierten in CDU-Kabinetten Liberale mit, die — wie der zum Sozialminister aufgestiegene Eisenmann

— zaghafte innerparteiliche Diskussionen mit Fausthieben beendeten, „daß die Tassen auf dem Tische tanzten“ (so der heutige Kieler Parteivize Jens Ruge). Und als der allzu biedere Chef dann später doch mal progressiven Impulsen von Jüngeren nachgab, entglitt ihm prompt die Kontrolle. Die FDP im Küstenland schwankte zwischen Links- und Rechtspositionen und verlor nach und nach fast ihre gesamte Führungsgarnitur.

Eisenmann selbst, zuvor bereits wegen Regierungskritik von der CDU als Minister geschäft, fand keinen Rückhalt bei seinem Landesvorstand, der ungerührt mit der CDU weiterkoalierte; er trat als Vorsitzender zurück —



FDP-Wahlkämpfer Ronneburger „Gewisse Trotzreaktion“

und schloß sich nach abermaligem Schwenk später der CDU an.

Die innerparteiliche Stabilisierung begann mit einem Debakel. Vor der vorletzten Landtagswahl hatten sich nämlich die Parteijunioren bereits so viel Einfluß in den Gremien gesichert, daß der jahrelang am weitesten rechts orientierte FDP-Verband wider alles Erwarten nun der am weitesten links gelegenen SPD-Formation unter Führung des „roten Jochen“ Steffen eine Koalitionszusage gab. Erste Folge: eine Wahlkatastrophe; mit 3,8 Prozent flogen die Freidemokraten aus dem Landtag. Die Partei drohte sich aufzulösen.

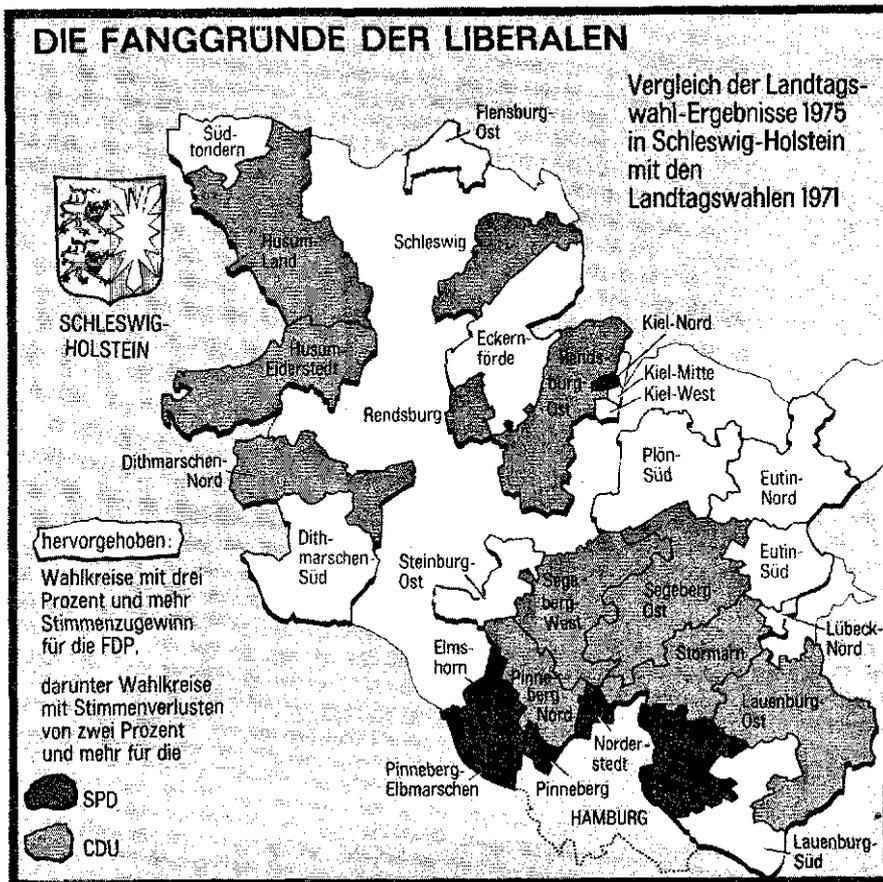
Doch der „geschlossene Kern“, der nun beieinander blieb, ging „in einer gewissen Trotzreaktion“ (Ronneburger) an den Wiederaufbau. Gegen die Schmähungen von Abwanderern, die der CDU beitraten und dort von einer „Aktionsgemeinschaft Liberale Politik“ aus ihre alte Partei in den Ruch des Linksextremismus zu bringen suchten, machten die Übriggebliebenen zunächst auf Ortsebene wieder mobil. Sie propagierten eine Kommunalreform (etwa Mitwirkungsrechte für Bürgerinitiativen), öffneten ihre Fachausschüsse auch für Parteineulinge und brachten ihre Ideen in lokalen Flugblättern unter die Bürger.

Kamen die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein schon zur Bundestagswahl 1972 im Aufwind für Bonns Sozialliberale auf 8,6 Prozent, so schafften ihre Kommunalwahlkämpfer letztes Jahr aus eigener Kraft noch mehr: 9,0. Damals, so Ruge, verschaffte sich die Partei „ihr örtlich großes Ansehen durch viel Engagement“.

Auch vor den Türen des Kieler Landtages machte sich „der neue Schwung“ (Ronneburger) bemerkbar. Eine „parlamentarische Arbeitsgruppe“ formulierte draußen mehr grundlegende Reformgesetze als die SPD-Opposition drinnen: Hochschulgesetz, Kindergartenreform, Einsetzung eines Bürgerbeauftragten. Als einzige Landesgruppe votierten die Schleswig-Holsteiner letzten Herbst geschlossen für den Linksliberalen Werner Maihofer als stellvertretenden Parteivorsitzenden (der dann vom weiter rechts siedelnden Bonner Wirtschaftsminister Hans Friedrichs geschlagen wurde).

Daß der Partei, verjüngt und mit sich selbst im reinen, nun auch wieder Wahlerfolge gelingen, verdanken die Jungliberalen freilich vor allem einem aus alter Zeit überkommenen Kampfgefährten: Uwe Ronneburger, einst, wie Vorgänger Eisenmann, in der DP.

Der Bauer aus der Nordseemarsch, Herr eines 75-Hektar-Hofes auf der Halbinsel Eiderstedt, blieb auch in jenen Jahren beständig, da sich andere irritiert aus der Parteiarbeit zurückzogen. Trotz seines Votums gegen die Koalitionsaussage zugunsten der SPD



vertrat er damals, wie versprochen, den Mehrheitsbeschluß — um zu vermeiden, „daß wir das Bild eines auseinanderlaufenden Verbandes geben“.

Parteitreue und Loyalität auch bei abweichender Meinung sichern dem einstigen Marineoffizier, der nach dem Kriegstod seines Bruders den Hof an der Westküste erbte, Respekt auch bei jungen Parteifreunden. Vize Ruge: „Er hat die Partei wieder integriert.“

In seinem Heimatwahlkreis Husum-Eiderstedt, mit überwiegend bäuerlichem und bürgerlichem Publikum, erzielte der Parteichef den Landesrekord von 10,8 Prozent.

Und ihren Mittelständlern glaubt es die FDP nun auch schuldig zu sein, die im Wahlkampf versprochene „eigenständige Rolle“ gegenüber den Sozialdemokraten zu wahren — und sei es nur dadurch, daß in der Geschäftsordnung des Landtags künftig zwei Oppositionsführer firmieren.

Denn, so Ronneburger: „Es gibt keine Bindung an die SPD um jeden Preis, es gibt keine Koalition in der Opposition.“ Ums Geld, beteuert der Mann von der Küste, gehe es ihm dabei nicht: „Dies ist eine politische Frage.“

AFFÄREN

Fromme Gesten

Münchens Bau-Millionär Johann Holzmüller, der CSU verbunden, will aus renditeschwachen Sozialwohnungen Kapital schlagen: durch Verkauf an die eigenen, meist mittellosen Mieter.

Eigentum macht frei“, verkündeten Münchner CSU-Abgeordnete jüngst in einer Flugschrift an Mieter im Süden der Stadt. Die Aktion sollte einem Freund der Partei helfen: Johann Holzmüller, 49, Metzgergeselle

und Konsul, vor allem aber Bauunternehmer.

Jedoch die Freiheiten, wie sie Holzmüller und sein christlich-sozialer Anhang verstehen, stießen selbst bei dem sonst wohlgesonnenen CSU-Freistaat auf Widerstand. Denn der Konsul ist drauf und dran, einen kapitalen Coup auf Kosten schwacher Bürger zu landen.

Johann Holzmüller ist unter anderem Herr über 1080 Sozialwohnungen in der Münchner Trabantenstadt Fürstenried. Mit einem minimalen Aufwand an Eigenkapital, aber mit überdurchschnittlicher Unterstützung durch die öffentliche Hand hatte er die Wohnungen Anfang der sechziger Jahre errichtet.

Die SPD-regierte Landeshauptstadt stellte (nach einer 30 000-Mark-Spende Holzmüllers) geeigneten Baugrund zur Verfügung. Über seine politischen Beziehungen (Strauß-Intimus und CSU-MdB Friedrich Zimmermann ist Holzmüllers Vetter) machte der Konsul zusätzliche Förderungsgelder aus Bonn locker. Am Ende hatte er das Baugeld von insgesamt 36 Millionen Mark „zusammengestopelt aus allen möglichen öffentlichen Quellen“ (so Dr. Otto Stadler, Leiter der Wohnungsbauabteilung im bayrischen Innenministerium).

Nachdem Holzmüller — der in seinen City-Bürohäusern sonst eher potente Mieter wie die Illustrierte „Quick“, den deutschen „Playboy“ oder das drei Jahre nach den Spielen immer noch aktive „Deutsche Olympiazentrum“ (DOZ) des TV-Berufes Robert Lembke schätzt — nun alle öffentlichen Gelder für sein Sozialwerk kassiert und alle steuerlichen Vorteile ausgenutzt hat, will er seine Armen-Häuser loswerden — an die eigenen Mieter, die einst vom Wohnungsamt gerade wegen ihrer Einkommenschwäche eingewiesen wurden.

Die Vertreter der Holzmüllerschen



Bauherr Holzmüller (l.), Freunde*: Geschäft mit Schwachen

„Wohnungs-Treuhand“ luden ihre Fürstenrieder Mieter einzeln vor und versuchten sie kaufwillig zu machen — oft mit falschen Behauptungen („Die Wohnungen können auch an Dritte verkauft werden“) und mit massiven Drohungen: „Die Erwerber können auf Räumung bestehen.“

Verbittert klagte eine Mietergemeinschaft in einem Brief an den Chef der städtischen Wohnungsbehörde über diese „Seelenmassage“, das „unwürdige Spiel“ und die „besondere Bearbeitung der alten Leute“. Die Petenten: „Es ist schlimm, wenn man Männer sieht, denen die Tränen in den Augen stehen.“

Der Versuch des Münchner Millionärs, auf diese Weise seine unter normalen Bedingungen unverkäuflichen Sozialwohnungen abzustoßen, ist nach Methode und Umfang einmalig in der Bundesrepublik. Behördenchef Stadler: „Als tüchtiger Geschäftsmann will er halt sein Zeug verschleppern.“ Doch: „Wenn das Schule machen würde, dann müßte man gesetzlich etwas dagegen unternehmen.“

Obschon der von Holzmüller geforderte Kaufpreis von 830 Mark pro Quadratmeter (Herstellungspreis 1962: 350 Mark) dem Vergleich mit Neubaupreisen (bis zu 2000 Mark) standhält, können die Käufer, die laut Stadler wegen des Mieterschutzes ohnehin „bombenfest bis zum jüngsten Tag“ sitzen, bei dem Geschäft nur verlieren. Stadler, der die Transaktion zuerst durch einen amtlichen Verkaufsstopp blockieren wollte, dann aber nach Pressionen durch CSU-Mittelsmänner das Geschäft freigeben mußte: „Wenn man alles genau durchrechnet, ist doch für den Mieter nichts drin.“ Allerhand

* In seiner Wohnung mit dem Industriellen Friedrich Karl Flick, Rudolf Neumeister, Antiquitätenhändler und Konsul von Jordanien, und Bayern-Ministerpräsident Alfons Goppel.



Holzmüller-Bauten: „Das Zeug verschleppern“